

Band 3

# Vorbereitung auf die schriftliche Steuerberaterprüfung 2018

Silke Sager/Nadine Schimpf/  
Dennis Klein/Günter Maus

Abgabenordnung und  
Finanzgerichtsordnung

Mit 2 Übungsklausuren

**HDS**  
erlag

**Silke Sager/Nadine Schimpf/Dennis Klein/Günter Maus**

# **Abgabenordnung und Finanzgerichtsordnung**

**Vorbereitung auf die schriftliche  
Steuerberaterprüfung 2018**

**Band 3**

2018  
HDS-Verlag  
Weil im Schönbuch



**HDS**  
erlag

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek  
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation  
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten  
sind im Internet über <http://dnb.de> abrufbar

ISBN E-Book: 978-3-95554-450-8

ISBN Print: 978-3-95554-240-5

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

© 2018 HDS-Verlag

[www.hds-verlag.de](http://www.hds-verlag.de)

[info@hds-verlag.de](mailto:info@hds-verlag.de)

HDS-Verlag Weil im Schönbuch

## Die Autoren

**Silke Sager** ist Juristin und Dozentin an der Fachhochschule für Finanzen in Edenkoben. Sie ist Autorin verschiedener steuerrechtlicher Fachbeiträge.

**Nadine Schimpf**, Diplom-Finanzwirtin, ist Dozentin für Steuerrecht an der Hessischen Hochschule für Finanzen und Rechtspflege am Studienzentrum Rotenburg an der Fulda.

**Prof. Dr. Dennis Klein**, Steuerberater, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht, Professor für Wirtschafts- und Steuerrecht sowie Rechnungslegung an der Leibniz-Fachhochschule Hannover, zugleich in eigener Kanzlei in Toppenstedt bei Hamburg tätig und daneben Lehrbeauftragter und Dozent bei verschiedenen Hochschulen und Bildungsträgern.

**Prof. Günter Maus**, Professor für Bilanzsteuerrecht an der Fachhochschule Ludwigsburg, Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen in Ludwigsburg. Er ist Autor verschiedener Fach- und Lehrbücher zum Steuerrecht und seit Jahren in der Steuerberaterausbildung tätig.

## **Vorwort zur 1. Auflage**

Mit dem vorliegenden Buch können Sie sich optimal auf den schriftlichen Teil der Steuerberaterprüfung im Fach „Abgabenordnung und Finanzgerichtsordnung“ vorbereiten. Neben vielen hilfreichen Tipps rund um die Gestaltung einer optimalen Vorbereitung werden die rechtlichen Grundlagen der Abgabenordnung und Finanzgerichtsordnung, mit zahlreichen Beispielen und Schaubildern dargestellt.

Darüber hinaus enthält das Buch einen umfangreichen Übungsteil mit Klausuren im Schwierigkeitsgrad der Steuerberaterprüfung. Das Buch ist auch ein erstklassiges Nachschlagewerk für Praktiker in der Finanzverwaltung, in den steuerberatenden Berufen oder in betrieblichen Unternehmen.

**Februar 2018**

**Silke Sager/Nadine Schimpf/Dennis Klein/Günter Maus**

# Inhaltsverzeichnis

Die Autoren . . . . .	V
Vorwort zur 1. Auflage . . . . .	VI
Inhaltsverzeichnis . . . . .	VII
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	XXIX

## Teil 1: Die Steuerberaterprüfung

<b>1. Der schriftliche Teil der Steuerberaterprüfung . . . . .</b>	<b>1</b>
1.1 Drei Prüfungstage . . . . .	1
1.2 Benotung der schriftlichen Arbeiten . . . . .	1
1.3 Voraussetzung für die Zulassung zur mündlichen Prüfung . . . . .	2
1.4 Rückblick und Ausblick auf die Steuerberaterprüfungen . . . . .	2
1.4.1 Klausurtypen . . . . .	3
1.4.2 Themengebiete . . . . .	4
1.4.2.1 Standardthemen . . . . .	4
1.4.2.2 Weitere prüfungsgerechte Themenfelder . . . . .	5
1.5 Klausurhinweise . . . . .	6
1.5.1 Klausurtraining . . . . .	6
1.5.2 Klausurtechnik . . . . .	7
<b>2. Die mündliche Steuerberaterprüfung . . . . .</b>	<b>9</b>
<b>3. Voraussetzungen für eine erfolgreiche Prüfung . . . . .</b>	<b>12</b>

## Teil 2: Darstellung der Abgabenordnung und der Finanzgerichtsordnung

### A. Abgabenordnung . . . . . 17

<b>I. Einführung, Grundlagen der Abgabenordnung . . . . .</b>	<b>17</b>
<b>1. Begriffe . . . . .</b>	<b>17</b>
1.1 Aufbau von Rechtsnormen . . . . .	17
1.2 Ermessen . . . . .	18
1.2.1 Ermessensausübung . . . . .	18
1.2.2 Ermessensfehler . . . . .	19
1.2.2.1 Ermessensüberschreitung . . . . .	19
1.2.2.2 Ermessensunterschreitung oder Ermessensnichtgebrauch . . . . .	19
1.2.2.3 Ermessensfehlgebrauch . . . . .	19
1.2.2.4 Ermessensreduzierung auf Null. . . . .	19
1.3 Subsumtionstechnik . . . . .	20
1.4 Steuern . . . . .	20
1.4.1 Geldleistung . . . . .	21
1.4.2 Auferlegung durch ein öffentlich-rechtliches Gemeinwesen . . . . .	21
1.4.3 Hoheitliche Auferlegung . . . . .	21
1.4.4 Keine Gegenleistung . . . . .	21
1.4.5 Erzielung von Einnahmen . . . . .	21
1.4.6 Einteilung der Steuern. . . . .	21
1.5 Steuerliche Nebenleistungen . . . . .	22

1.6	Finanzbehörden, § 6 AO	22
1.7	Amtsträger, § 7 AO	22
1.8	Wohnsitz, § 8 AO, Gewöhnlicher Aufenthalt, § 9 AO	22
1.9	Geschäftsleitung (§ 10 AO), Sitz (§ 11 AO)	23
1.10	Angehörige (§ 15 AO)	23
<b>2.</b>	<b>Zuständigkeiten der Finanzbehörden</b>	<b>24</b>
2.1	Sachliche Zuständigkeit (§ 16 AO)	24
2.2	Örtliche Zuständigkeiten (§ 17 AO)	25
2.2.1	Gesonderte Feststellungen (§ 18 AO)	26
2.2.1.1	Zuständigkeit des Lagefinanzamtes (§ 18 Abs. 1 Nr. 1 AO)	26
2.2.1.2	Zuständigkeit des Betriebsfinanzamtes (§ 18 Abs. 1 Nr. 2 AO)	27
2.2.1.3	Zuständigkeit des Tätigkeitsfinanzamtes (§ 18 Abs. 1 Nr. 3 AO)	27
2.2.1.4	Zuständigkeit des Verwaltungsfinanzamtes (§ 18 Abs. 1 Nr. 4 AO)	28
2.2.1.5	Sonderfälle (§ 18 Abs. 2 AO)	29
2.2.2	Steuern vom Einkommen und Vermögen natürlicher Personen (§ 19 AO)	29
2.2.3	Steuern vom Einkommen und Vermögen der Körperschaften, Personenvereinigungen, Vermögensmassen (§ 20 AO)	30
2.2.4	Steuern vom Einkommen bei Bauleistungen (§ 20a AO)	31
2.2.5	Umsatzsteuer (§ 21 AO)	31
2.2.6	Realsteuern (§ 22 AO)	32
2.2.7	Zuständigkeit auf dem Festlandssockel oder an der ausschließlichen Wirtschaftszone (§ 22a AO)	33
2.2.8	Einfuhr- und Ausfuhrabgaben und Verbrauchssteuern (§ 23 AO)	33
2.2.9	Ersatzzuständigkeit (§ 24 AO)	33
2.2.10	Mehrfache, örtliche Zuständigkeit (§ 25 AO)	34
2.2.11	Zuständigkeitswechsel (§ 26 AO)	34
2.2.12	Zuständigkeitsvereinbarung (§ 27 AO)	35
2.2.13	Zuständigkeitsstreit (§ 28 AO) und Gefahr in Verzug (§ 29 AO)	35
2.2.14	Unterstützung des örtlich zuständigen Finanzamtes auf Anweisung der vorgesetzten Dienstbehörde (§ 29a AO)	36
2.2.15	Folgen bei Verletzung der sachlichen und örtlichen Zuständigkeit	36
<b>3.</b>	<b>Steuergeheimnis</b>	<b>36</b>
3.1	Verpflichtete Person	37
3.1.1	Personen nach § 30 Abs. 3 Nr. 1 AO i.V.m. § 11 Abs. 1 Nr. 4 StGB	38
3.1.2	Übrige Personen nach § 30 Abs. 3 AO	38
3.2	Gegenstand des Steuergeheimnisses	38
3.2.1	Verhältnisse eines anderen	38
3.2.1.1	Grundsatz	38
3.2.1.2	Sonderfälle	39
3.2.2	Betriebs- und Geschäftsgeheimnis	40
3.3	Art des Bekanntwerdens	40
3.3.1	§ 30 Abs. 2 Nr. 1a AO	41
3.3.2	§ 30 Abs. 2 Nr. 1b AO	42
3.3.3	§ 30 Abs. 2 Nr. 1c AO	42
3.4	Verletzungshandlungen	42
3.4.1	Offenbarung	42
3.4.2	Verwerten	43
3.5	Zulässige Offenbarung	44

3.5.1	§ 30 Abs. 4 Nr. 1 AO	44
3.5.2	§ 30 Abs. 4 Nr. 2 AO	45
3.5.3	§ 30 Abs. 4 Nr. 3 AO	45
3.5.4	§ 30 Abs. 4 Nr. 4 AO	45
3.5.5	§ 30 Abs. 4 Nr. 5 AO	46
3.5.5.1	Schwere Straftaten	46
3.5.5.2	Wirtschaftsstraftaten	46
3.5.5.3	Richtigstellung von in der Öffentlichkeit verbreiteter unwahrer Tatsachen	47
3.5.5.4	Sonstige Fälle von zwingendem öffentlichem Interesse	47
3.5.6	Vorsätzlich falsche Angaben	47
3.6	Ermessen	47
3.7	Datenabruf	47
3.8	Folgen bei Verletzung des Steuerheimnisses	48
3.8.1	Strafrechtliche Folgen	48
3.8.2	Disziplinarrechtliche Folgen	48
3.8.3	Zivilrechtliche Folgen	48
<b>II.</b>	<b>Steuerschuldrecht</b>	<b>49</b>
<b>1.</b>	<b>Steuerpflicht-/Steuerschuldverhältnis</b>	<b>49</b>
1.1	Steuerpflichtverhältnis	49
1.1.1	Steuerpflichtiger (§ 33 AO)	49
1.1.2	Pflichtenverhältnis nach §§ 34, 35 AO	49
1.1.2.1	Pflichtenverhältnis nach § 34 AO	49
1.1.2.2	Pflichtverhältnis nach § 35 AO	51
1.1.2.3	Dauer des Pflichtverhältnisses aus §§ 34, 35 AO	52
1.1.2.4	Folgen des Pflichtverhältnisses aus §§ 34, 35 AO	52
1.1.3	Pflichten aus dem Steuerpflichtverhältnis	52
1.1.4	Rechte aus dem Steuerpflichtverhältnis	52
1.1.5	Das Steuerpflichtverhältnis im Überblick	53
1.2	Steuerschuldverhältnis	53
1.2.1	Ansprüche aus dem Steuerschuldverhältnis, § 37 AO	54
1.2.2	Begriffe aus dem Steuerschuldrecht	56
1.2.2.1	Steuerschuldner, Steuervergütungsgläubiger	56
1.2.2.2	Steuerentrichtungspflichtiger	57
1.2.2.3	Steuerträger	57
1.2.2.4	Steuergläubiger, Steuervergütungsgläubiger	57
1.2.2.5	Gesamtschuldner	57
1.2.2.6	Gesamtrechtsnachfolge	60
1.2.2.7	Abtretung, Verpfändung, Pfändung	61
1.2.3	Entstehung der Ansprüche aus dem Steuerschuldverhältnis	62
1.2.3.1	Folgen der Steuerentstehung	62
1.2.3.2	Entstehung im Einzelnen	63
1.2.4	Erlöschen der Ansprüche aus dem Steuerschuldverhältnis	64
1.3	Zurechnung von Wirtschaftsgütern	64
1.3.1	Wirtschaftliches Eigentum	64
1.3.2	Treuhandverhältnisse	65
1.3.3	Sicherungseigentum	66
1.3.4	Eigenbesitz	66

1.3.5	Gesamthandsgemeinschaft	66
1.4	Gesetz- oder sittenwidriges Handeln (§ 40 AO)	67
1.5	Unwirksame Rechtsgeschäfte, § 41 AO	68
1.6	Missbrauch von rechtlichen Gestaltungsmöglichkeiten, § 42 AO	69
1.6.1	Missbrauch	69
1.6.2	Gestaltungsmöglichkeiten des Rechts	69
1.6.3	Unangemessene rechtliche Gestaltung	69
1.6.4	Zweck der Steuervermeidung	70
1.6.5	Rechtsfolgen	70
1.6.6	Beispiele aus der Rechtsprechung	70
<b>2.</b>	<b>Steuerbegünstigte Zwecke</b>	<b>71</b>
2.1	Überblick	71
2.2	Voraussetzungen für die Steuerbegünstigung	72
2.2.1	Inhaltliche Anforderungen (§§ 52 ff. AO)	72
2.2.1.1	Steuerbegünstigter Zweck	72
2.2.1.2	Selbstlosigkeit	74
2.2.1.3	Ausschließlichkeit, Unmittelbarkeit	74
2.2.1.4	Ausdrücklich unschädliche Betätigungen	74
2.2.2	Verfahren zur Anerkennung (§§ 60 ff. AO)	75
2.2.2.1	Satzung	75
2.2.2.2	Tatsächliche Geschäftsführung	76
2.2.2.3	Anerkennungsverfahren beim Finanzamt	76
2.3	Verschiedene Bereiche und ihre steuerliche Behandlung im Einzelnen	77
2.3.1	Überblick	77
2.3.2	Steuerbegünstigung: Ideeller Bereich und Vermögensverwaltung	78
2.3.3	Wirtschaftliche Geschäftsbetriebe	78
2.3.3.1	Begriff des steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbetriebs	78
2.3.3.2	Abgrenzung zum steuerbegünstigten Zweckbetrieb	79
2.3.4	Das Vermögen der steuerbegünstigten Körperschaft und seine Verwendung	80
2.3.5	Übungsbeispiel	82
<b>3.</b>	<b>Haftung</b>	<b>83</b>
3.1	Allgemeines	83
3.2	Akzessorietät der Haftung	84
3.3	Gesamtschuldnerschaft	84
3.4	Haftung der Vertreter (§ 69 AO)	85
3.4.1	Haftungsschuldner	85
3.4.1.1	Personen i.S.d. § 34 AO	85
3.4.1.2	Personen i.S.d. § 35 AO	85
3.4.2	Pflichtverletzung	86
3.4.3	Haftungsschaden	87
3.4.4	Ursächlichkeit/Kausalität	89
3.4.5	Verschulden	90
3.4.6	Umfang der Haftung – Grundsatz der anteiligen Tilgung	90
3.5	Haftung des Vertretenen (§ 70 AO)	92
3.5.1	Haftender Personenkreis und haftungsbegründende Handlungen	93
3.5.2	Haftungsbeschränkungen/-ausschluss	94
3.5.3	Haftungsumfang	94
3.6	Haftung des Steuerhinterziehers und des Steuerhehlers (§ 71 AO)	95

3.6.1	Haftender Personenkreis und haftungsbegründende Handlungen . . . . .	95
3.6.2	Haftungsumfang . . . . .	96
3.7	Haftung bei Verletzung der Pflicht zur Kontenwahrheit (§ 72 AO) . . . . .	96
3.7.1	Haftender Personenkreis und haftungsbegründende Handlungen . . . . .	97
3.7.2	Haftungsumfang . . . . .	98
3.8	Haftung Dritter bei Datenübermittlungen an Finanzbehörden (§ 72a AO) . . . . .	98
3.8.1	Haftung des Herstellers . . . . .	98
3.8.2	Haftung des Auftragnehmers für Datenübermittlung . . . . .	98
3.8.3	Haftung des datenübermittlungspflichtigen Dritten . . . . .	99
3.9	Haftung bei Organschaft (§ 73 AO) . . . . .	99
3.9.1	Begriff der Organschaft . . . . .	100
3.9.1.1	Umsatzsteuerliche Organschaft nach § 2 Abs. 2 Nr. 2 UStG. . . . .	100
3.9.1.2	Körperschaftsteuerliche Organschaft nach §§ 14 ff. KStG . . . . .	100
3.9.1.3	Gewerbesteuerrechtliche Organschaft nach § 2 Abs. 2 GewStG . . . . .	100
3.9.1.4	Steuerschuldner bei Organschaft . . . . .	101
3.9.2	Haftungsschuldner . . . . .	101
3.9.3	Haftungsumfang . . . . .	101
3.10	Haftung des Eigentümers von Gegenständen (§ 74 AO) . . . . .	101
3.10.1	Voraussetzungen der Haftung . . . . .	102
3.10.2	Umfang der Haftung/Haftungsbeschränkungen . . . . .	104
3.10.2.1	Sachliche Einschränkung . . . . .	104
3.10.2.2	Zeitliche Einschränkung . . . . .	104
3.10.2.3	Gegenständliche Einschränkung . . . . .	104
3.11	Haftung des Betriebsübernehmers (§ 75 AO) . . . . .	105
3.11.1	Voraussetzung der Haftung . . . . .	105
3.11.1.1	Unternehmen. . . . .	105
3.11.1.2	Gesondert geführter Teilbetrieb . . . . .	105
3.11.1.3	Lebendes Unternehmen . . . . .	106
3.11.1.4	Wesentliche Grundlagen des Unternehmens oder Teilbetriebs . . . . .	106
3.11.1.5	Übereignung im Ganzen . . . . .	106
3.11.2	Umfang der Haftung/Haftungsbeschränkungen . . . . .	107
3.11.2.1	Sachliche Beschränkung . . . . .	107
3.11.2.2	Zeitliche Beschränkung . . . . .	108
3.11.3	Haftungsausschluss. . . . .	109
3.12	Sachhaftung (§ 76 AO) . . . . .	110
3.13	Duldungspflicht (§ 77 AO) . . . . .	110
3.14	Haftungstatbestände nach anderen Steuergesetzen . . . . .	111
3.14.1	Haftung für Steuerabzugsbeträge . . . . .	111
3.14.2	Haftung bei Abtretung, Verpfändung und Pfändung von Forderungen (§ 13c UStG) . . . . .	111
3.15	Zivilrechtliche Haftungstatbestände . . . . .	111
3.15.1	Haftung des Erwerbers bei Firmenfortführung, § 25 HGB . . . . .	111
3.15.2	Haftung der Gesellschafter einer Personengesellschaft bzw. einer Kapitalgesellschaft . . . . .	112
3.16	Haftungsverfahren (§ 191 AO) . . . . .	112
3.16.1	Geltendmachung der Haftung . . . . .	112
3.16.2	Rechtsnatur des Haftungsbescheids . . . . .	113
3.16.3	Ermessensentscheidung . . . . .	115
3.16.4	Rechtsbehelfsbelehrung . . . . .	116
3.16.5	Festsetzungsfristen/Verjährung . . . . .	116

3.16.5.1	Haftung nach Steuergesetzen (§ 191 Abs. 3 AO)	116
3.16.5.2	Haftung nach anderen Gesetzen (Privatrecht) § 191 Abs. 4 AO	117
3.17	Korrektur von Haftungsbescheiden	118
3.18	Rechtsbehelfe gegen Haftungsbescheide	118

### III. Grundsätze des Besteuerungsverfahrens . . . . . 120

#### 1. Allgemeine Verfahrensgrundsätze . . . . . 120

1.1	Verfahrensbeteiligte	120
1.1.2	Handlungsfähigkeit	121
1.1.2.1	Begriff, Bedeutung	121
1.1.2.2	Voraussetzungen	121
1.1.3	Bevollmächtigte	122
1.1.4	Ausschließung und Ablehnung von Amtsträgern und anderen Personen	124
1.2	Besteuerungsgrundsätze	126
1.2.1	Gleichmäßigkeit der Besteuerung	127
1.2.2	Gesetzmäßigkeit der Besteuerung	128
1.2.3	§ 86 AO	128
1.2.4	Amtssprache	129
1.2.5	Elektronische Kommunikation	129
1.2.6	Untersuchungsgrundsatz	130
1.2.7	Beratungs- und Auskunftspflicht, Verbindliche Auskunft	131
1.2.8	Rechtliches Gehör	133
1.3	Beweiserhebung, Ermittlungsverfahren	134
1.3.1	Mitwirkungspflichten der Beteiligten, § 90 AO	135
1.3.2	Beweismittel	135
1.3.2.1	Grundsätze, § 92 AO	135
1.3.2.2	Auskunftspflicht der Beteiligten und anderer Personen, § 93 AO	136
1.3.2.3	Kontenabrufverfahren	139
1.3.2.4	Mitteilungspflichten nach § 93a AO	141
1.3.2.5	Datenübermittlung durch Dritte, §§ 93c ff. AO	141
1.3.2.6	Eidliche Vernehmung, Versicherung an Eides Statt	141
1.3.2.7	Hinzuziehung von Sachverständigen	142
1.3.2.8	Urkunden, § 97 AO	142
1.3.2.9	Inaugenscheinnahme	142
1.3.3	Auskunftsverweigerungsrechte	143
1.3.3.1	Angehörige	144
1.3.3.2	Bestimmte Berufsgruppen	145
1.3.3.3	Fälle der Selbstbelastung im Hinblick auf Straftaten	146
1.3.3.4	Öffentliche Stellen/Beeinträchtigung des staatlichen Wohls	146
1.4	Rechts- und Amtshilfe	147

#### 2. Fristen und Termine (§§ 108–110 AO) . . . . . 148

2.1	Definitionen	148
2.2	Fristen im Steuerrecht – Überblick	148
2.3	Berechnung von Fristen	149
2.3.1	Fristbeginn bei Ereignisfristen	149
2.3.2	Fristbeginn bei Tagesbeginnfristen	150
2.3.3	Fristende bei Ereignisfristen	150
2.3.3.1	Nach Tagen bestimmte Frist	150

2.3.3.2	Monatsfristen . . . . .	150
2.3.3.3	Wochenfristen . . . . .	151
2.3.3.4	Fristende am Wochenende und an Feiertagen . . . . .	151
2.3.4	Fristende bei Tagesbeginnfristen . . . . .	152
2.4	Wiedereinsetzung in den vorigen Stand (§ 110 AO) . . . . .	152
2.4.1	Gesetzliche, nicht verlängerbare Frist . . . . .	152
2.4.2	Nachholung der versäumten Handlung . . . . .	152
2.4.3	Wahrung der Wiedereinsetzungsfrist . . . . .	152
2.4.4	Glaubhaftmachung . . . . .	153
2.4.5	Verschulden . . . . .	153
2.4.5.1	Verschulden eines Vertreters . . . . .	153
2.4.5.2	Fallgruppen zum Verschulden . . . . .	154
<b>3.</b>	<b>Steuerverwaltungsakte . . . . .</b>	<b>155</b>
3.1	Allgemeines . . . . .	155
3.2	Begriff des Steuerverwaltungsaktes (§ 118 AO) . . . . .	156
3.2.1	Behördliche Maßnahme . . . . .	156
3.2.2	Auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts (hoheitlich) . . . . .	157
3.2.3	Regelung eines Einzelfalls . . . . .	157
3.2.4	Unmittelbare Rechtswirkung nach außen . . . . .	157
3.3	Allgemeinverfügung (§ 118 S. 2 AO) . . . . .	158
3.4	Arten der Steuerverwaltungsakte . . . . .	159
3.4.1	Gesetzlich gebundene und Ermessensverwaltungsakte . . . . .	159
3.4.2	Rechtsfeststellende und rechtsgestaltende Verwaltungsakte . . . . .	159
3.4.3	Begünstigende/nicht begünstigende Verwaltungsakte . . . . .	160
3.4.4	Verwaltungsakte ohne/mit Dauerwirkung . . . . .	160
3.4.5	Einseitige/mitwirkungsbedürftige Verwaltungsakte . . . . .	160
3.5	Bestimmtheit und Form des Steuerverwaltungsaktes (§ 119 AO) . . . . .	161
3.5.1	Bestimmtheit (§ 119 Abs. 1 AO) . . . . .	161
3.5.2	Form des Verwaltungsaktes (§ 119 Abs. 2 AO) . . . . .	161
3.5.3	Anforderungen an einen schriftlichen Verwaltungsakt (§ 119 Abs. 3 AO) . . . . .	162
3.6	Nebenbestimmungen zum Steuerverwaltungsakt (§ 120 AO) . . . . .	162
3.6.1	Befristung . . . . .	163
3.6.2	Bedingung . . . . .	163
3.6.3	Widerrufsvorbehalt . . . . .	163
3.6.4	Auflage . . . . .	164
3.7	Begründung des Steuerverwaltungsaktes (§ 121 AO) . . . . .	164
3.8	Bestellung eines Empfangsbevollmächtigten (§ 123 AO) . . . . .	165
3.9	Wirksamkeit des Verwaltungsaktes (§ 124 AO) und Bekanntgabe (§ 122 AO) . . . . .	166
3.9.1	Wirksamkeit des Verwaltungsaktes . . . . .	166
3.9.1.1	Willensbildung . . . . .	166
3.9.1.2	Willensäußerung . . . . .	167
3.9.1.3	Abschließende Zeichnung durch einen handlungsbefugten Amtsträger . . . . .	167
3.9.1.4	Zeitpunkt . . . . .	167
3.9.1.5	Inhalt . . . . .	167
3.9.1.6	Adressat . . . . .	168
3.9.1.7	Wirksam bleiben des Verwaltungsaktes (§ 124 Abs. 2 AO) . . . . .	168
3.9.1.8	Nichtiger Verwaltungsakt (§ 124 Abs. 3 AO) . . . . .	168
3.9.2	Bekanntgabe (§ 124 Abs. 1 AO i.V.m. § 122 AO) . . . . .	168

3.9.2.1	Voraussetzung der Bekanntgabe/Begriff der Bekanntgabe	168
3.9.3	Bekanntgabe beim bestimmten Adressaten oder beim berechtigten Empfänger	170
3.9.3.1	Inhaltsadressat (§ 122 Abs. 1 Satz 1 Alt. 1 AO)	171
3.9.3.2	Drittbetroffene	171
3.9.3.3	Bekanntgabeadressat	172
3.9.3.4	Empfänger	172
3.9.4	Mängel der Bekanntgabe	173
3.9.5	Formen der Bekanntgabe (§ 122 Abs. 2 bis Abs. 5 AO)	173
3.9.5.1	Bekanntgabe bei Übermittlung durch die Post (§ 122 Abs. 2 AO)	173
3.9.5.2	Bekanntgabe durch elektronische Übermittlung (§ 122 Abs. 2a AO)	174
3.9.5.3	Öffentliche Bekanntgabe (§ 122 Abs. 3 und 4 AO)	174
3.9.5.4	Förmliche Zustellung schriftlicher Verwaltungsakte (§ 122 Abs. 5 AO)	175
3.9.6	Bekanntgabe und Adressierung in besonderen Fällen	176
3.9.6.1	Bekanntgabe an mehrere Beteiligte (§ 122 Abs. 6 AO)	176
3.9.6.2	Bekanntgabe an Ehegatten/(eingetragene) Lebenspartner/Ehegatten mit ihren Kindern/(eingetragene) Lebenspartner mit ihren Kindern/Alleinstehende mit Kindern (§ 122 Abs. 7 AO); geändert durch das Gesetz zur Anpassung steuerlicher Regelungen an die Rechtsprechung des BVerfG vom 18.07.2014; anzuwenden ab 24.07.2014	177
3.9.6.3	Bekanntgabe an Personengesellschaften	177
3.9.6.4	Bekanntgabe an juristische Personen	178
3.9.6.5	Bekanntgabe bei Gesamtrechtsnachfolge	179
3.9.7	Übungsfälle zur Bekanntgabe	179
3.10	Bekanntgabe von Verwaltungsakten durch Bereitstellung zum Datenabruf (§ 122a AO)	179
3.11	Nichtigkeit des Verwaltungsaktes (§ 125 AO)	180
3.11.1	Generalklausel (§ 125 Abs. 1 AO)	180
3.11.1.1	Besonders schwerwiegender Fehler	180
3.11.1.2	Offenkundigkeit	181
3.11.2	Positivkatalog (§ 125 Abs. 2 AO)	181
3.11.3	Negativkatalog (§ 125 Abs. 3 AO)	181
3.11.4	Teilnichtigkeit (§ 125 Abs. 4 AO)	182
3.11.5	Feststellen der Nichtigkeit (§ 125 Abs. 5 AO)	182
3.12	Heilung von Verfahrens- und Formfehlern (§ 126 AO)	182
3.12.1	Heilung von Verfahrens- und Formfehlern (§ 126 Abs. 1 AO)	182
3.12.2	Zeitliche Beschränkung der Heilung (§ 126 Abs. 2 AO)	183
3.12.3	Wiedereinsetzung (§ 126 Abs. 3 AO)	183
3.13	Folgen von Verfahrens- und Formfehlern (§ 127 AO)	183
3.13.1	Verletzung von Verfahrensvorschriften	184
3.13.2	Verletzung von Formvorschriften	184
3.13.3	Verletzung der Vorschriften über die örtliche Zuständigkeit	184
3.13.4	Keine andere Entscheidung in der Sache	184
3.13.5	Rechtsfolge	184
3.14	Umdeutung eines fehlerhaften Verwaltungsaktes (§ 128 AO)	184
<b>4.</b>	<b>Durchführung der Besteuerung</b>	<b>185</b>
4.1	Erfassung der Steuerpflichtigen	185
4.1.1	Personenstands- und Betriebsaufnahme	185
4.1.2	Anzeigepflichten	185
4.1.3	Identifikationsmerkmale	187

4.2	Mitwirkungspflichten . . . . .	187
4.2.1	Buchführungs- und Aufzeichnungspflichten . . . . .	187
4.2.1.1	Buchführungspflichten . . . . .	187
4.2.1.2	Aufzeichnungspflichten . . . . .	189
4.2.1.3	Aufbewahrungspflichten . . . . .	189
4.2.1.4	Digitale Kassensysteme . . . . .	190
4.2.2	Steuererklärungen . . . . .	190
4.2.2.1	Erklärungspflichtige . . . . .	190
4.2.2.2	Anforderungen an die Steuererklärung . . . . .	191
4.2.3	Berichtigungspflicht gem. § 153 AO . . . . .	193
4.3	Folgen der Verletzung von Mitwirkungspflichten . . . . .	194
4.3.1	Verspätungszuschlag . . . . .	195
4.3.1.1	Gesetzliche Regelungen für Steuererklärungen bis einschließlich Veranlagungszeitraum 2017 . . . . .	196
4.3.1.2	Gesetzliche Regelungen für Steuererklärungen ab Veranlagungszeitraum 2018 . . . . .	198
4.3.2	Verzögerungsgeld . . . . .	199
4.3.2.1	Überblick . . . . .	199
4.3.2.2	Verzögerungsgeld wegen Verletzung der Mitwirkungspflichten während einer Betriebsprüfung . . . . .	200
4.3.2.3	Verzögerungsgeld wegen Verlagerung der elektronischen Buchführung ins Ausland . . . . .	200
4.3.3	Weitere Folgen: Zwangsmittel, Schätzung von Besteuerungsgrundlagen . . . . .	200
4.4	Beweiswürdigung im Besteuerungsverfahren . . . . .	201
4.4.1	Allgemeine Grundsätze . . . . .	201
4.4.1.1	Freie Beweiswürdigung, Beweislast, Feststellungslast . . . . .	201
4.4.1.2	Kontenwahrheit, § 154 AO . . . . .	201
4.4.1.3	Nachweis der Treuhänderschaft, § 159 AO . . . . .	202
4.4.2	Benennung von Zahlungsempfängern, § 160 AO . . . . .	202
4.4.2.1	Bedeutung des § 160 AO . . . . .	202
4.4.2.2	Voraussetzungen und Entscheidung des Finanzamts . . . . .	203
4.4.2.3	Rechtsbehelfe . . . . .	205
4.4.3	Schätzung von Besteuerungsgrundlagen, § 162 AO . . . . .	205
4.4.3.1	Voraussetzungen und Gegenstand der Schätzung . . . . .	205
4.4.3.2	Verfahren und Entscheidung . . . . .	206
<b>IV.</b>	<b>Festsetzungs- und Feststellungsverfahren . . . . .</b>	<b>209</b>
<b>1.</b>	<b>Steuerfestsetzungen . . . . .</b>	<b>209</b>
1.1	Steuerbescheide . . . . .	210
1.2	Ähnliche Bescheide, Abgrenzung . . . . .	215
1.3	Absehen von Steuerfestsetzung, abweichende Steuerfestsetzung aus Billigkeitsgründen . . . . .	216
1.3.1	Absehen von Steuerfestsetzung gem. § 156 AO . . . . .	216
1.3.2	Abweichende Festsetzung von Steuern aus Billigkeitsgründen gem. § 163 AO . . . . .	217
1.4	Drittwirkung von Steuerfestsetzungen . . . . .	218
<b>2.</b>	<b>Steuerfestsetzungen unter Vorbehalt der Nachprüfung . . . . .</b>	<b>218</b>
2.1	Sinn und Zweck, Anwendungsbereich . . . . .	218
2.2	Gesetzlicher und behördlicher Vorbehalt der Nachprüfung . . . . .	219
2.3	Voraussetzungen . . . . .	220
2.4	Verfahrensfragen . . . . .	220

2.5	Wirkung. . . . .	220
2.6	Aufhebung und Wegfall. . . . .	221
2.6.1	Aufhebung des Vorbehalts der Nachprüfung durch die Behörde. . . . .	221
2.6.2	Wegfall des Vorbehalts der Nachprüfung gem. § 164 Abs. 4 AO . . . . .	222
2.7	Rechtsmittel im Zusammenhang mit dem Vorbehalt der Nachprüfung . . . . .	222
<b>3.</b>	<b>Vorläufige Steuerfestsetzungen</b> . . . . .	<b>223</b>
3.1	Anwendungsbereich, Abgrenzung . . . . .	223
3.2	Voraussetzungen der einzelnen Anwendungsfälle . . . . .	223
3.2.1	Vorläufigkeitsvermerk wegen tatsächlicher Ungewissheit, § 165 Abs. 1 Satz 1 AO . . . . .	224
3.2.2	Vorläufigkeitsvermerk wegen rechtlicher Ungewissheit, § 165 Abs. 1 Satz 2 AO . . . . .	224
3.2.2.1	Vorläufigkeitsvermerk gemäß § 165 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 AO . . . . .	224
3.2.2.2	Vorläufigkeitsvermerk gemäß § 165 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 und Nr. 2a AO . . . . .	225
3.2.2.3	Vorläufigkeitsvermerk gemäß § 165 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 AO . . . . .	225
3.2.2.4	Vorläufigkeitsvermerk gemäß § 165 Abs. 1 Satz 2 Nr. 4 AO . . . . .	225
3.3	Rechtsfolgen der Vorläufigkeit der Steuerfestsetzung . . . . .	226
3.4	Rechtsbehelfe im Zusammenhang mit dem Vorläufigkeitsvermerk . . . . .	228
<b>4.</b>	<b>Steueranmeldungen</b> . . . . .	<b>229</b>
4.1	Überblick . . . . .	229
4.2	Wirkung. . . . .	229
4.3	Abweichende Festsetzung durch die Finanzbehörde . . . . .	231
4.4	Rechtsschutz . . . . .	232
<b>5.</b>	<b>Gesonderte Feststellungen</b> . . . . .	<b>232</b>
5.1	Überblick, Verfahren . . . . .	232
5.2	Einheitliche und gesonderte Feststellung von Besteuerungsgrundlagen. . . . .	234
5.3	Gesonderte Feststellungen gemäß § 180 Abs. 1 Nr. 2b AO . . . . .	236
5.4	Weitere Feststellungsfälle. . . . .	236
5.4.1	Feststellungen aufgrund § 180 Abs. 2 AO . . . . .	236
5.4.2	Feststellungen nach § 180 Abs. 5 AO . . . . .	237
5.4.3	Feststellungen von Einheitswerten . . . . .	237
5.4.4	Feststellungen von Grundbesitzwerten . . . . .	238
5.5	Feststellungsbescheide . . . . .	238
5.5.1	Wesen, Inhalt, Form und Bekanntgabe . . . . .	238
5.5.2	Wirkung. . . . .	239
5.5.3	Ergänzungsbescheide . . . . .	240
5.5.4	Rechtsbehelfe . . . . .	240
<b>6.</b>	<b>Steuermessbescheide</b> . . . . .	<b>240</b>
6.1	Anwendungsbereich, Wirkung. . . . .	240
6.2	Weitere Verwaltungsakte im Bereich der Steuermessbeträge: Zerlegungsbescheide, Zuteilungsbescheide . . . . .	241
<b>7.</b>	<b>Festsetzungs-/Feststellungsverjährung</b> . . . . .	<b>242</b>
7.1	Festsetzungsverjährung (§§ 169 ff. AO) . . . . .	242
7.1.1	Dauer der Festsetzungsverjährungsfrist . . . . .	242
7.1.2	Beginn der Festsetzungsverjährungsfrist . . . . .	244
7.1.2.1	Anlaufhemmung nach § 170 Abs. 2 AO . . . . .	244
7.1.2.2	Anlaufhemmung nach § 170 Abs. 3 AO . . . . .	245
7.1.2.3	Anlaufhemmung nach § 170 Abs. 4 AO . . . . .	245
7.1.2.4	Anlaufhemmung nach § 170 Abs. 5 AO . . . . .	245
7.1.2.5	Anlaufhemmung nach § 170 Abs. 6 AO . . . . .	246

7.1.3	Ende der Festsetzungsverjährungsfrist . . . . .	247
7.1.3.1	Ablaufhemmung nach § 171 Abs. 1 AO . . . . .	247
7.1.3.2	Ablaufhemmung nach § 171 Abs. 2 AO . . . . .	248
7.1.3.3	Ablaufhemmung nach § 171 Abs. 3 AO . . . . .	248
7.1.3.4	Ablaufhemmung nach § 171 Abs. 3a AO . . . . .	249
7.1.3.5	Ablaufhemmung nach § 171 Abs. 4 AO . . . . .	250
7.1.3.6	Ablaufhemmung nach § 171 Abs. 5 AO . . . . .	253
7.1.3.7	Ablaufhemmung nach § 171 Abs. 6 AO . . . . .	253
7.1.3.8	Ablaufhemmung nach § 171 Abs. 7 AO . . . . .	253
7.1.3.9	Ablaufhemmung nach § 171 Abs. 8 AO . . . . .	254
7.1.3.10	Ablaufhemmung nach § 171 Abs. 9 AO . . . . .	254
7.1.3.11	Ablaufhemmung nach § 171 Abs. 10, 10a AO . . . . .	254
7.1.3.12	Ablaufhemmung nach § 171 Abs. 11 AO . . . . .	258
7.1.3.13	Ablaufhemmung nach § 171 Abs. 12 AO . . . . .	258
7.1.3.14	Ablaufhemmung nach § 171 Abs. 13 AO . . . . .	258
7.1.3.15	Ablaufhemmung nach § 171 Abs. 14 AO . . . . .	258
7.1.3.16	Ablaufhemmung nach § 171 Abs. 15 AO . . . . .	259
7.1.3.17	Sonderregelung gemäß § 174 Abs. 1 S. 2 und Abs. 4 S. 3 AO . . . . .	259
7.2	Feststellungsverjährung. . . . .	259
7.3	Rechtsfolgen bei Verletzung der Vorschriften über die Festsetzungs-/Feststellungsfrist . . . . .	261
<b>V.</b>	<b>Korrektur von Steuerverwaltungsakten (§§ 129, 130, 131, 172–177 AO)</b> . . . . .	262
<b>1.</b>	<b>Allgemeines</b> . . . . .	262
1.1	Rechtmäßigkeit und Rechtswidrigkeit . . . . .	262
1.2	Übersicht über die Korrekturvorschriften . . . . .	263
<b>2.</b>	<b>Korrekturvorschrift für alle Steuerverwaltungsakte</b> . . . . .	263
2.1	Berichtigung wegen offener Unrichtigkeiten (§ 129 AO) . . . . .	263
2.1.1	Offenbare Unrichtigkeit in einem Verwaltungsakt . . . . .	263
2.1.1.1	Schreib- und Rechenfehler . . . . .	264
2.1.1.2	Ähnliche Unrichtigkeit . . . . .	264
2.1.2	Offenbarkeit . . . . .	266
2.1.3	Unrichtigkeit beim Erlass eines Verwaltungsaktes . . . . .	266
2.1.3.1	Fehler der Finanzbehörde . . . . .	266
2.1.3.2	Fehler des Steuerpflichtigen . . . . .	266
2.1.3.3	Übernahmefehler . . . . .	267
2.1.3.4	Fehler in Steueranmeldungen . . . . .	268
2.1.4	Rechtsfolge der Berichtigung . . . . .	268
2.1.4.1	Zeitliche Grenzen . . . . .	268
2.1.4.2	Umfang der Berichtigung . . . . .	268
2.1.4.3	Ermessen. . . . .	268
2.1.4.4	Vorlage der zu berichtenden Urkunde . . . . .	268
2.1.5	Rechtsbehelf. . . . .	269
2.2	Korrekturvorschrift für sonstige Verwaltungsakte (§§ 130, 131 AO) . . . . .	269
2.2.1	Rücknahme eines rechtswidrigen Verwaltungsaktes (§ 130 AO) . . . . .	269
2.2.1.1	Rücknahme eines rechtswidrig nicht begünstigenden (belastenden) Verwaltungsaktes (§ 130 Abs. 1 AO) . . . . .	270

2.2.1.2	Rücknahme eines rechtswidrig begünstigenden Verwaltungsaktes (§ 130 Abs. 2 AO) . . . . .	270
2.2.1.3	Rücknahme als Rechtsfolge . . . . .	272
2.2.1.4	Rücknahmefrist (§ 130 Abs. 3 AO) . . . . .	273
2.2.1.5	Zuständige Behörde für die Rücknahme (§ 130 Abs. 4 AO) . . . . .	273
2.2.2	Widerruf eines rechtmäßigen Verwaltungsaktes (§ 131 AO) . . . . .	273
2.2.2.1	Widerruf von rechtmäßigen nicht begünstigenden Verwaltungsakten (§ 131 Abs. 1 AO) . . . . .	273
2.2.2.2	Widerruf rechtmäßiger begünstigender Verwaltungsakte (§ 131 Abs. 2 AO) . . . . .	274
2.2.2.3	Widerruf als Rechtsfolge . . . . .	276
2.2.2.4	Widerrufsfrist (§§ 131 Abs. 2 Satz 2 AO, 130 Abs. 3 AO) . . . . .	276
2.2.2.5	Zuständige Behörde für den Widerruf (§ 131 Abs. 4 AO) . . . . .	276
2.3	Korrekturvorschrift für Steuerbescheide und diesen gleichgestellte Bescheide (§§ 172 bis 177 AO) . . . . .	276
2.3.1	Sachlicher Anwendungsbereich des Korrektursystems (§§ 172 bis 177 AO) . . . . .	276
2.3.2	Bedeutung der Bestandskraft für die Aufhebung und Änderung . . . . .	277
2.3.3	Korrektur . . . . .	277
2.3.4	Aufhebung und Änderung von Steuerbescheiden (§ 172 AO) . . . . .	278
2.3.4.1	Allgemeines . . . . .	278
2.3.4.2	Aufhebung und Änderung von Bescheiden über Verbrauchssteuern (§ 172 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 AO) . . . . .	278
2.3.4.3	Aufhebung und Änderung von Bescheiden über andere Steuern (§ 172 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 AO) . . . . .	279
2.3.4.4	Anwendbarkeit auf Einspruchsentscheidungen (§ 172 Abs. 1 Sätze 2 und 3 AO) . . . . .	282
2.3.4.5	Ausdehnung auf Verwaltungsakte, durch die ein Antrag auf Erlass, Aufhebung oder Änderung eines Steuerbescheids abgelehnt wird (§ 172 Abs. 2 AO) . . . . .	282
2.3.4.6	Zurückweisung durch Allgemeinverfügung (§ 172 Abs. 3 AO) . . . . .	282
2.3.4.7	Rechtsbehelf . . . . .	282
2.3.5	Aufhebung oder Änderung von Steuerbescheiden wegen neuer Tatsachen oder Beweismittel (§ 173 AO) . . . . .	283
2.3.5.1	Allgemeines . . . . .	283
2.3.5.2	Voraussetzungen für die Aufhebung oder Änderung (Tatbestand Abs. 1) . . . . .	284
2.3.5.3	Aufhebung oder Änderung zuungunsten des Steuerpflichtigen (§ 173 Abs. 1 Nr. 1 AO) . . . . .	288
2.3.5.4	Aufhebung oder Änderung zugunsten des Steuerpflichtigen (§ 173 Abs. 1 Nr. 2 AO) . . . . .	289
2.3.5.5	Änderungssperre (§ 173 Abs. 2 AO) . . . . .	291
2.3.6	Schreib- oder Rechenfehler bei Erstellung einer Steuererklärung (§ 173a AO) . . . . .	291
2.3.6.1	Schreib- oder Rechenfehler . . . . .	292
2.3.6.2	Kausalität . . . . .	292
2.3.6.3	Rechtsfolge . . . . .	292
2.3.7	Widerstreitende Steuerfestsetzungen (§ 174 AO) . . . . .	292
2.3.7.1	Allgemeines . . . . .	292
2.3.7.2	Bestimmter Sachverhalt . . . . .	293
2.3.7.3	Mehrfachberücksichtigung eines bestimmten Sachverhaltes . . . . .	293
2.3.7.4	Einmalberücksichtigung . . . . .	294
2.3.7.5	Mehrfachberücksichtigung eines bestimmten Sachverhaltes zuungunsten eines oder mehrerer Steuerpflichtiger (§ 174 Abs. 1 AO) . . . . .	294

2.3.7.6	Mehrfachberücksichtigung eines bestimmten Sachverhalts zugunsten eines oder mehrerer Steuerpflichtiger (§ 174 Abs. 2 AO) . . . . .	295
2.3.7.7	Nichtberücksichtigung eines bestimmten Sachverhaltes im Hinblick auf einen anderen Bescheid (§ 174 Abs. 3 AO) . . . . .	296
2.3.7.8	Ausgelöster Widerstreit durch Antrag oder Rechtsbehelf des Steuerpflichtigen (§ 174 Abs. 4 und 5 AO) . . . . .	297
2.3.8	Aufhebung oder Änderung von Steuerbescheiden aufgrund von Grundlagenbescheiden und bei rückwirkenden Ereignissen (§ 175 AO) . . . . .	299
2.3.8.1	Allgemeines . . . . .	299
2.3.8.2	§ 175 Abs. 1 Nr. 1 AO – Allgemeines . . . . .	299
2.3.8.3	§ 175 Abs. 1 Nr. 2 AO – Allgemeines . . . . .	302
2.3.9	Umsetzung von Verständigungsvereinbarungen (§ 175a AO) . . . . .	306
2.3.9.1	Tatbestand . . . . .	306
2.3.9.2	Rechtsfolge . . . . .	306
2.3.10	Änderung von Steuerbescheiden bei Datenübermittlung durch Dritte (§ 175b AO) . . . . .	306
2.3.11	Vertrauensschutz bei der Aufhebung und Änderung von Steuerbescheiden (§ 176 AO) . . . . .	307
2.3.11.1	Tatbestand . . . . .	308
2.3.11.2	Einschränkung des Vertrauensschutzes (§ 176 Abs. 1 Satz 2 AO) . . . . .	309
2.3.11.3	Vertrauen auf Verwaltungsvorschriften (§ 176 Abs. 2 AO) . . . . .	309
2.3.12	Berichtigung von materiellen Fehlern (§ 177 AO) . . . . .	309
2.3.12.1	Materieller Fehler (§ 177 Abs. 3 AO) . . . . .	310
2.3.12.2	Umfang der Berichtigung . . . . .	310
<b>VI.</b>	<b>Erhebungsverfahren</b> . . . . .	<b>313</b>
<b>1.</b>	<b>Verwirklichung von Ansprüchen aus dem Steuerschuldverhältnis (§ 218 AO)</b> . . . . .	<b>313</b>
<b>2.</b>	<b>Fälligkeit von Ansprüchen aus dem Steuerschuldverhältnis</b> . . . . .	<b>314</b>
2.1	§ 220 Abs. 1 AO . . . . .	314
2.2	§ 220 Abs. 2 AO . . . . .	315
2.2.1	Fälligkeit mit Steuerentstehung . . . . .	315
2.2.2	Fälligkeit mit Festsetzung . . . . .	316
2.2.3	Fälligkeit mit Ablauf der Zahlungsfrist gemäß Leistungsgebot . . . . .	316
2.3	Abweichende Fälligkeitsbestimmung . . . . .	317
<b>3.</b>	<b>Stundung</b> . . . . .	<b>317</b>
3.1	Anwendungsbereich . . . . .	317
3.2	Abgrenzung zur Aussetzung der Vollziehung . . . . .	317
3.3	Voraussetzungen der Stundung . . . . .	317
3.3.1	Erhebliche Härte . . . . .	318
3.3.1.1	Sachliche Stundungsgründe . . . . .	318
3.3.1.2	Persönliche Stundungsgründe . . . . .	318
3.3.2	Nichtgefährdung des Anspruchs . . . . .	319
3.3.3	Sicherheitsleistung . . . . .	319
3.4	Ermessensausübung . . . . .	319
3.5	Folgen der Stundung . . . . .	319
3.6	Zuständigkeit . . . . .	320
<b>4.</b>	<b>Erlöschen der Ansprüche aus dem Steuerschuldverhältnis</b> . . . . .	<b>320</b>
4.1	Zahlung (§ 224 AO) . . . . .	320
4.1.1	Tag der Zahlung . . . . .	320
4.1.2	Hingabe von Kunstgegenständen an Zahlungs statt (§ 224a AO) . . . . .	321

4.1.3	Reihenfolge der Tilgung . . . . .	321
4.2	Aufrechnung. . . . .	322
4.2.1	Allgemeines . . . . .	322
4.2.2	Abgrenzung zum Verrechnungsvertrag . . . . .	322
4.2.3	Voraussetzungen für die Aufrechnung . . . . .	323
4.2.3.1	Gleichartigkeit der Forderungen . . . . .	323
4.2.3.2	Bezeichnung der Forderungen. . . . .	323
4.2.3.3	Gegenseitigkeit. . . . .	323
4.2.3.4	Fälligkeit der Gegenforderung . . . . .	325
4.2.3.5	Erfüllbarkeit der Hauptforderung . . . . .	325
4.2.4	Rechtsfolgen der Aufrechnung . . . . .	326
4.3	Erlass. . . . .	326
4.3.1	Unbilligkeit. . . . .	327
4.3.1.1	Sachliche Unbilligkeit . . . . .	327
4.3.1.2	Persönliche Unbilligkeit . . . . .	329
4.3.2	Ermessen und Folge des Erlasses . . . . .	330
4.3.3	Zuständigkeit . . . . .	331
<b>5.</b>	<b>Zahlungsverjährung (§§ 228–232 AO)</b> . . . . .	<b>331</b>
5.1	Berechnungsschema zur Zahlungsverjährung. . . . .	331
5.2	Fristbeginn. . . . .	332
5.3	Anlaufhemmung. . . . .	332
5.4	Ablaufhemmung. . . . .	334
5.5	Unterbrechung . . . . .	334
<b>6.</b>	<b>Zinsen</b> . . . . .	<b>335</b>
6.1	Verzinsung von Steuernachforderungen und Steuererstattungen . . . . .	336
6.1.1	Zinsberechnung . . . . .	336
6.1.2	Zinsen bei freiwilligen Zahlungen . . . . .	337
6.1.3	Zinsen bei Erstattungen. . . . .	338
6.1.4	Zinsen bei Aufhebung, Änderung oder Berichtigung der Steuerfestsetzung . . . . .	338
6.2	Hinterziehungszinsen . . . . .	339
6.3	Prozesszinsen. . . . .	340
6.4	Zinsen bei Aussetzung der Vollziehung . . . . .	340
<b>7.</b>	<b>Säumniszuschläge (§ 240 AO)</b> . . . . .	<b>341</b>
7.1	Berechnung von Säumniszuschlägen . . . . .	341
7.2	Schuldner der Säumniszuschläge. . . . .	343
<b>8.</b>	<b>Sicherheitsleistung</b> . . . . .	<b>343</b>
<b>VII.</b>	<b>Vollstreckung</b> . . . . .	<b>344</b>
<b>1.</b>	<b>Allgemeines</b> . . . . .	<b>344</b>
<b>2.</b>	<b>Vollstreckung wegen Geldforderungen</b> . . . . .	<b>344</b>
2.1	Grundlagen und Voraussetzungen der Vollstreckung . . . . .	344
2.1.1	Beteiligte im Vollstreckungsverfahren . . . . .	344
2.1.2	Allgemeine Voraussetzungen der Vollstreckung. . . . .	344
2.2	Tätigkeiten der Finanzämter im Vollstreckungsbereich . . . . .	346
2.3	Vollstreckung in das bewegliche Vermögen. . . . .	347
2.3.1	Vollstreckung in bewegliche Sachen durch den Vollziehungsbeamten. . . . .	348
2.3.2	Vollstreckung in Forderungen und andere Vermögensrechte. . . . .	350
2.4	Vollstreckung in das unbewegliche Vermögen. . . . .	352

2.4.1 Überblick . . . . .	352
2.4.2 Gegenstand der Immobiliervollstreckung, Abgrenzung . . . . .	352
2.4.3 Antrag auf Eintragung einer Zwangssicherungshypothek. . . . .	353
2.4.4 Antrag auf Zwangsversteigerung . . . . .	353
2.4.5 Antrag auf Zwangsverwaltung . . . . .	353
2.5 Vollstreckung in das Gesamtvermögen nach der InsO . . . . .	353
2.5.1 Grundzüge . . . . .	353
2.5.2 Insolvenzverfahren . . . . .	354
2.5.3 Behandlung von Steuerforderungen in der Insolvenz. . . . .	356
2.5.4 Verbraucherinsolvenzverfahren . . . . .	357
2.5.5 Restschuldbefreiung . . . . .	357
2.5.6 Insolvenzanfechtung . . . . .	358
2.6 Weitere Maßnahmen im Vollstreckungsbereich . . . . .	359
2.6.1 Eidesstattliche Versicherung/Vermögensauskunft des Vollstreckungsschuldners . . . . .	359
2.6.2 Arrestverfahren. . . . .	360
2.6.3 Anregung der Gewerbeuntersagung . . . . .	361
2.7 Rechtsbehelfe im Vollstreckungsrecht. . . . .	361
2.7.1 Besonderheiten im Einspruchsverfahren gegen Vollstreckungsmaßnahmen . . . . .	361
2.7.2 Antrag auf Beschränkung der Vollstreckung (Vollstreckungsaufschub) . . . . .	361
2.7.3 Antrag auf Aufteilung einer Gesamtschuld . . . . .	362
2.7.4 Rechtsbehelfe Dritter gegen die Vollstreckung . . . . .	363
2.8 Prüfungsaufbau: Rechtmäßigkeit einer Vollstreckungsmaßnahme . . . . .	363
<b>3. Vollstreckung wegen anderer Leistungen als Geldforderungen . . . . .</b>	<b>363</b>
3.1 Überblick und Bedeutung der Zwangsmittel . . . . .	363
3.2 Zwangsgeld . . . . .	364
3.2.1 Sinn und Zweck . . . . .	364
3.2.2 Voraussetzungen eines Zwangsgelds . . . . .	364
3.2.3 Ersatzzwangshaft . . . . .	366
3.2.4 Verfahrensablauf im Einzelnen . . . . .	366
3.2.5 Rechtsbehelfe/Korrektur . . . . .	368
<b>VIII. Außergerichtliches Rechtsbehelfsverfahren . . . . .</b>	<b>369</b>
<b>1. Einführung, Abgrenzung . . . . .</b>	<b>370</b>
1.1 Allgemeines zum Einspruchsverfahren. . . . .	370
1.2 Abgrenzung zu anderen Anträgen und Rechtsbehelfen . . . . .	370
<b>2. Zulässigkeit des Einspruchs . . . . .</b>	<b>372</b>
2.1 Statthaftigkeit . . . . .	373
2.2 Einspruchsbefugnis. . . . .	375
2.2.1 Beschwer (§ 350 AO) . . . . .	375
2.2.2 Einspruchsbefugnis bei einheitlichen und gesonderten Feststellungen . . . . .	376
2.2.3 Drittbetroffenheit . . . . .	379
2.3 Form . . . . .	379
2.3.1 Schriftlich oder zur Niederschrift . . . . .	379
2.3.2 Weitere Anforderungen . . . . .	379
2.4 Frist . . . . .	380
2.4.1 Fristwahrung, Wiedereinsetzung . . . . .	380
2.4.2 Fristwahrung durch Einlegung bei der richtigen Behörde. . . . .	381
2.5 Anfechtungsbeschränkung bei Einspruch gegen Änderungsbescheid . . . . .	382

2.6	Sonstige Zulässigkeitsvoraussetzungen . . . . .	384
2.6.1	Handlungsfähigkeit . . . . .	384
2.6.2	Rechtsschutzbedürfnis . . . . .	384
2.7	Einspruchsverzicht . . . . .	385
2.8	Rücknahme des Einspruchs . . . . .	385
<b>3.</b>	<b>Begründetheit des Einspruchs</b> . . . . .	<b>386</b>
3.1	Grundsatz der Vollüberprüfung . . . . .	386
3.2	Verböserung . . . . .	387
3.3	Anfechtungsbeschränkung bei Einspruch gegen Folgebescheid . . . . .	387
<b>4.</b>	<b>Entscheidung über den Einspruch</b> . . . . .	<b>389</b>
4.1	Einspruchsentscheidung . . . . .	389
4.2	Abhilfe . . . . .	391
4.3	Teil-Einspruchsentscheidungen und Allgemeinverfügungen . . . . .	392
<b>5.</b>	<b>Weitere Folgen und Entscheidungen im Einspruchsverfahren</b> . . . . .	<b>394</b>
5.1	Ablaufhemmung (§ 171 Abs. 3a AO) . . . . .	394
5.2	Änderungen im Rechtsbehelfsverfahren . . . . .	394
5.3	Hinzuziehung Dritter . . . . .	395
5.3.1	Sinn und Zweck, Wirkung der Hinzuziehung . . . . .	395
5.3.2	Einfache Hinzuziehung . . . . .	396
5.3.3	Notwendige Hinzuziehung . . . . .	397
5.3.4	Sonderfall der Hinzuziehung nach § 174 Abs. 5 AO . . . . .	397
5.4	Aussetzen/Ruhenlassen des Verfahrens . . . . .	398
5.4.1	Aussetzen des Verfahrens, § 363 Abs. 1 AO . . . . .	398
5.4.2	Ruhenlassen des Verfahrens, § 363 Abs. 2 AO . . . . .	399
5.4.3	Rechtsbehelfe . . . . .	400
5.5	Aussetzung/Aufhebung der Vollziehung . . . . .	401
5.5.1	Sinn und Zweck . . . . .	401
5.5.2	Voraussetzungen der Aussetzung der Vollziehung . . . . .	401
5.5.3	Aufhebung der Vollziehung . . . . .	403
5.5.4	Aussetzung der Vollziehung im Verhältnis zu Grundlagen- und Folgebescheid . . . . .	403
5.5.5	Rechtsmittel gegen die Ablehnung der Aussetzung . . . . .	403
5.5.6	Gewährung der Aussetzung der Vollziehung durch das Finanzgericht . . . . .	404
5.6	§ 364b AO . . . . .	404
<b>IX.</b>	<b>Die Außenprüfung</b> . . . . .	<b>406</b>
<b>1.</b>	<b>Allgemeines</b> . . . . .	<b>406</b>
<b>2.</b>	<b>Veranlagende Betriebsprüfung</b> . . . . .	<b>407</b>
<b>3.</b>	<b>Rechtswirkungen der Außenprüfung</b> . . . . .	<b>408</b>
3.1	Aufhebung des Vorbehalts der Nachprüfung . . . . .	408
3.2	Ablaufhemmung der Festsetzungsfrist . . . . .	408
3.3	Ausschluss der Selbstanzeige . . . . .	409
3.4	Verbindliche Zusagen . . . . .	409
<b>4.</b>	<b>Zulässigkeit einer Außenprüfung (§ 193 AO)</b> . . . . .	<b>409</b>
4.1	Allgemeines . . . . .	409
4.2	Tatbestände des § 193 AO . . . . .	410
4.2.1	Zulässigkeit nach § 193 Abs. 1 AO bei Gewinneinkünften . . . . .	410
4.2.2	Zulässigkeit nach § 193 Abs. 2 AO . . . . .	411

4.2.2.1	Steuerabzugsverpflichtete (§ 193 Abs. 2 Nr. 1 i.V.m. § 194 Abs. 1 S. 4 AO) . . . .	412
4.2.2.2	Zulässigkeit nach § 193 Abs. 2 Nr. 2 AO . . . . .	412
4.2.3	Zulässigkeit nach § 193 Abs. 2 Nr. 3 AO . . . . .	413
<b>5.</b>	<b>Sachlicher Umfang einer Außenprüfung (§ 194 AO)</b> . . . . .	<b>413</b>
5.1	Sachlicher und Persönlicher Umfang . . . . .	414
5.2	Zeitlicher Umfang der Außenprüfung . . . . .	415
5.2.1	Großbetriebe . . . . .	416
5.2.2	M-, K-, und KSt-Betriebe . . . . .	416
5.2.3	Strafrechtliche Aspekte . . . . .	416
5.3	Kontrollmitteilungen (§ 194 Abs. 3 AO) . . . . .	416
<b>6.</b>	<b>Zuständigkeit (§ 195 AO)</b> . . . . .	<b>418</b>
<b>7.</b>	<b>Die Prüfungsanordnung und deren Bekanntgabe (§§ 196, 197 AO, 5 BpO)</b> . . . . .	<b>419</b>
7.1	Allgemeines . . . . .	419
7.2	Inhalt der Prüfungsanordnung . . . . .	420
7.2.1	Prüfungssubjekt als Inhaltsadressat . . . . .	420
7.2.2	Begründung . . . . .	421
7.2.3	Rechtsbehelf/Korrektur . . . . .	422
7.2.4	Folgen fehlerhafter bzw. fehlender Prüfungsanordnung – Verwertungsverbot . . . . .	422
7.3	Schriftliche Bekanntgabe der Prüfungsanordnung (§ 197 AO) . . . . .	423
7.3.1	Empfänger . . . . .	424
7.3.2	Bekanntgabeadressat . . . . .	424
7.3.3	Fallgestaltungen der Bekanntgabe bei Prüfungsanordnungen . . . . .	424
7.3.3.1	Eheleute/Lebenspartner . . . . .	424
7.3.3.2	Juristische Personen und Handelsgesellschaften . . . . .	425
7.3.3.3	Personengesellschaften (Gemeinschaften z.B. GbR) . . . . .	425
7.3.3.4	Gesamtrechts- bzw. Einzelrechtsnachfolge . . . . .	425
7.3.4	Verlegung des Prüfungsbeginns . . . . .	426
7.3.5	Muster einer Prüfungsanordnung (ab 2014) . . . . .	426
<b>8.</b>	<b>Durchführung der Prüfung</b> . . . . .	<b>429</b>
8.1	Ausweispflicht (§ 198 S. 1 AO) . . . . .	429
8.2	Beginn der Außenprüfung (§ 198 S. 2 AO) . . . . .	429
8.3	Prüfungsgrundsätze (§ 199 AO) . . . . .	429
8.3.1	Einzelprüfungsmethoden . . . . .	430
8.3.2	Verprobungsmethoden . . . . .	430
8.3.3	Weitere Methoden . . . . .	431
8.4	Unterrichtung des Steuerpflichtigen (§ 199 Abs. 2 AO) . . . . .	431
<b>9.</b>	<b>Mitwirkungspflichten des Steuerpflichtigen (§ 200 AO, § 8 BpO)</b> . . . . .	<b>432</b>
9.1	Allgemeines . . . . .	432
9.2	Einzelne Mitwirkungspflichten bzw. -rechte . . . . .	432
9.2.1	Erteilung von Auskünften, Vorlage von Büchern, Aufzeichnungen und anderen Unterlagen (§ 200 Abs. 1 S. 2–4 AO) . . . . .	432
9.2.2	Unterstützung nach § 147 Abs. 6 AO beim Datenzugriff . . . . .	432
9.2.3	Folgen der Verletzung der Mitwirkungspflichten . . . . .	433
9.2.4	Verzögerungsgeld . . . . .	434
9.2.5	Mitwirkungsverweigerungsrechte . . . . .	434
<b>10.</b>	<b>Ort der Außenprüfung (§ 200 Abs. 2 AO, § 6 BpO)</b> . . . . .	<b>434</b>
<b>11.</b>	<b>Zeit der Prüfung und Betriebsbesichtigung (§ 200 Abs. 3 AO)</b> . . . . .	<b>435</b>
<b>12.</b>	<b>Die Schlussbesprechung (§ 201 AO)</b> . . . . .	<b>435</b>

12.1	Tatsächliche Verständigung . . . . .	437
12.2	Strafrechtliche Aspekte . . . . .	438
<b>13.</b>	<b>Inhalt und Bekanntgabe des Prüfungsberichts (§ 202 AO)</b> . . . . .	<b>438</b>
13.1	Inhalt des Prüfungsberichtes (§ 202 Abs. 1 S. 2 AO) . . . . .	439
13.2	Mitteilung (§ 202 Abs. 1 S. 3 AO) . . . . .	439
13.3	Übersendung des Prüfungsberichtes und Stellungnahme (§ 202 Abs. 2 AO) . . . . .	440
<b>14.</b>	<b>Abgekürzte Außenprüfung (§ 203 AO)</b> . . . . .	<b>440</b>
14.1	Allgemeines . . . . .	440
14.2	Durchführung der abgekürzten Außenprüfung . . . . .	440
14.3	Unterrichtung des Steuerpflichtigen und Hinweis (§ 203 Abs. 2 AO) . . . . .	441
14.4	Rechtsfolgen . . . . .	441
<b>15.</b>	<b>Außenprüfung bei Datenübermittlung durch Dritte (§ 203a AO)</b> . . . . .	<b>441</b>
<b>16.</b>	<b>Umsatzsteuersonderprüfungen.</b> . . . . .	<b>442</b>
<b>17.</b>	<b>Umsatzsteuernachschau (§ 27b UStG)</b> . . . . .	<b>443</b>
<b>18.</b>	<b>Verbindliche Zusagen aufgrund einer Außenprüfung (§§ 204 bis 207 AO)</b> . . . . .	<b>443</b>
18.1	Allgemeines . . . . .	443
18.2	Voraussetzungen der verbindlichen Zusage (§ 204 AO) . . . . .	444
18.2.1	Anschluss an die Außenprüfung . . . . .	444
18.2.2	Antrag . . . . .	444
18.2.3	„Zusage“-Interesse . . . . .	445
18.3	Form (§ 205 AO) und Bindungswirkung (§ 206 AO) der verbindlichen Zusage . . . . .	445
18.4	Außerkräfttreten, Aufhebung und Änderung der verbindlichen Zusage (§ 207 AO) . . . . .	446
<b>X.</b>	<b>Steuerstrafrecht, Steuerordnungswidrigkeitenrecht</b> . . . . .	<b>447</b>
<b>1.</b>	<b>Rechtsgrundlagen des Steuerstraf- und Steuerordnungswidrigkeitenrechts</b> . . . . .	<b>447</b>
<b>2.</b>	<b>Voraussetzungen der Strafbarkeit.</b> . . . . .	<b>447</b>
<b>3.</b>	<b>Objektiver Tatbestand</b> . . . . .	<b>447</b>
3.1	Tathandlung . . . . .	447
3.1.1	Andere Behörden . . . . .	447
3.1.2	Unrichtige Angaben . . . . .	448
3.1.3	Unvollständige Angaben . . . . .	448
3.1.4	Steuerlich erhebliche Tatsachen . . . . .	448
3.2	Unterlassen . . . . .	449
3.2.1	In Unkenntnis lassen . . . . .	449
3.2.2	Pflichtwidrigkeit . . . . .	449
3.3	Taterfolg . . . . .	450
3.3.1	Steuerverkürzung . . . . .	451
3.3.2	§ 370 Abs. 4 S. 3 AO, Kompensationsverbot . . . . .	451
3.4	Kausalität . . . . .	452
3.5	Steuerhellelei . . . . .	452
<b>4.</b>	<b>Subjektiver Tatbestand</b> . . . . .	<b>452</b>
4.1	Dolus directus 1. Grades, Absicht . . . . .	453
4.2	Dolus directus 2. Grades, direkter Vorsatz . . . . .	453
4.3	Dolus eventualis, bedingter Vorsatz . . . . .	453
<b>5.</b>	<b>Rechtswidrigkeit</b> . . . . .	<b>453</b>
<b>6.</b>	<b>Schuld</b> . . . . .	<b>453</b>
<b>7.</b>	<b>Täterschaft, Teilnahme</b> . . . . .	<b>454</b>

7.1	Täterschaft . . . . .	454
7.2	Teilnahme . . . . .	455
7.2.1	Anstiftung . . . . .	455
7.2.2	Beihilfe . . . . .	456
<b>8.</b>	<b>Strafausschließungsgründe . . . . .</b>	<b>456</b>
8.1	Verjährung . . . . .	456
8.2	Selbstanzeige . . . . .	457
8.2.1	Anforderungen an die Berichtigungserklärung . . . . .	457
8.2.2	Sperrwirkung . . . . .	458
8.2.2.1	Ausschlussgrund gem. § 371 Abs. 2 Nr. 1a AO . . . . .	458
8.2.2.2	Ausschlussgrund gem. § 371 Abs. 2 Nr. 1b AO . . . . .	459
8.2.2.3	Ausschlussgrund gem. § 371 Abs. 2 Nr. 1c-e AO . . . . .	459
8.2.2.4	Ausschlussgrund gem. § 371 Abs. 2 Nr. 2 AO . . . . .	459
8.2.2.5	Ausschlussgrund gem. § 371 Abs. 2 Nr. 3 AO . . . . .	459
8.2.2.6	Ausschlussgrund gem. § 371 Abs. 2 Nr. 4 AO . . . . .	460
8.2.2.7	Ausschlussgrund gem. § 371 Abs. 2a AO . . . . .	460
8.2.3	§ 371 Abs. 3 AO: Nachzahlung der hinterzogenen Steuer. . . . .	460
<b>9.</b>	<b>Versuchte Steuerhinterziehung . . . . .</b>	<b>461</b>
<b>10.</b>	<b>Ablauf des Steuerstraßverfahrens . . . . .</b>	<b>462</b>
10.1	Verfahrenseinleitung . . . . .	462
10.2	Folgen der Verfahrenseinleitung. . . . .	462
10.3	Straßprozessuale Maßnahmen . . . . .	462
<b>11.</b>	<b>Bestrafung . . . . .</b>	<b>463</b>
<b>12.</b>	<b>Steuerordnungswidrigkeiten . . . . .</b>	<b>463</b>
12.1	§ 378 AO: Leichtfertige Steuerverkürzung. . . . .	463
12.2	§ 380 AO: Nichteinbehaltung und Abführung von Steuerabzugsbeträgen . . . . .	464
12.3	§ 26b UStG: Schädigung des Umsatzsteueraufkommens . . . . .	464
<b>XI.</b>	<b>Lösungen zu den Fällen. . . . .</b>	<b>465</b>
1.	Lösung zu Teil A Kap. I. 2. . . . .	465
2.	Lösungen zu Teil A Kap. III. 3. . . . .	465
3.	Lösungen zu Teil A Kap. V. . . . .	465
4.	Lösungen zu Teil A Kap. II. 3. . . . .	467
<b>B. Finanzgerichtsordnung/FGO. . . . .</b>		<b>471</b>
<b>I.</b>	<b>Grundsätze . . . . .</b>	<b>471</b>
1.	Stellung der Finanzgerichtsbarkeit im deutschen Gerichtssystem . . . . .	471
2.	Unterschied zwischen Berufung und Revision . . . . .	472
3.	Unterschied zwischen Zivilprozess und Finanzgerichtsverfahren . . . . .	472
4.	Aufbau der FGO . . . . .	472
<b>II.</b>	<b>Die Gerichte . . . . .</b>	<b>472</b>
1.	Finanzgerichte . . . . .	472
2.	Bundesfinanzhof . . . . .	473
3.	Großer Senat . . . . .	473
3.1	Divergenzanrufung . . . . .	473
3.2	Grundsatzanrufung. . . . .	474

3.3	Entscheidungen des Großen Senats . . . . .	474
<b>4.</b>	<b>Spruchkörper im finanzgerichtlichen Verfahren.</b> . . . . .	<b>474</b>
4.1	Bundesfinanzhof. . . . .	474
4.2	Finanzgerichte . . . . .	474
4.2.1	Übertragung auf den Berichterstatter als Einzelrichter . . . . .	474
4.2.2	Entscheidung durch mehrere Richter . . . . .	476
<b>III.</b>	<b>Grundsätze des finanzgerichtlichen Verfahrens</b> . . . . .	<b>477</b>
1.	Dispositionsmaxime . . . . .	477
2.	Beschleunigungsgrundsatz. . . . .	478
3.	Grundsatz der Mündlichkeit . . . . .	478
4.	Grundsatz des rechtlichen Gehörs . . . . .	478
5.	Grundsatz der Öffentlichkeit . . . . .	478
<b>IV.</b>	<b>Verfahrensbeteiligte im finanzgerichtlichen Verfahren</b> . . . . .	<b>479</b>
1.	Kläger . . . . .	479
2.	Beklagter . . . . .	479
3.	Beigeladene . . . . .	480
4.	Beitretende Behörde . . . . .	480
<b>V.</b>	<b>Klagearten in der FGO</b> . . . . .	<b>480</b>
1.	Anfechtungsklage gem. § 40 Abs. 1, 1. Alt. FGO . . . . .	480
2.	Verpflichtungsklage (§ 40 Abs. 1, 2. Alt. FGO) . . . . .	481
3.	Leistungsklage (§ 40 Abs. 1, 3. Alt. FGO) . . . . .	481
4.	Feststellungsklage (§ 41 Abs. 1 FGO) . . . . .	481
5.	Sprungklage (§ 45 FGO) . . . . .	481
6.	Untätigkeitsklage (§ 46 FGO) . . . . .	482
<b>VI.</b>	<b>Das Finanzgerichtliche Verfahren</b> . . . . .	<b>482</b>
1.	Zulässigkeit der Klage . . . . .	482
1.1	Finanzrechtsweg. . . . .	482
1.2	Zuständigkeit . . . . .	482
1.2.1	Sachliche Zuständigkeit. . . . .	482
1.2.2	Örtliche Zuständigkeit. . . . .	483
1.3	Folge bei falschem Rechtsweg und Unzuständigkeit . . . . .	483
1.4	Zulässigkeit der Klageart . . . . .	483
1.5	Klagebefugnis . . . . .	483
1.5.1	Anfechtungsklage . . . . .	483
1.5.2	Verpflichtungsklage. . . . .	483
1.5.3	Allgemeine Leistungsklage . . . . .	483
1.5.4	Feststellungsklage . . . . .	484
1.5.5	Beschränkte Anfechtung von Änderungs- und Folgebescheiden . . . . .	484
1.5.6	Klagebefugnis bei gesonderten und einheitlichen Feststellungen . . . . .	484
1.5.7	Fristsetzung nach § 79b Abs. 1 S. 1 FGO . . . . .	484
1.6	Durchführung des außergerichtlichen Vorverfahrens . . . . .	484
1.7	Klagefrist . . . . .	484
1.8	Kein Klageverzicht . . . . .	484

1.9	Beteiligtenfähigkeit	485
1.10	Prozessfähigkeit, Postulationsfähigkeit	485
1.11	Form und Inhalt der Klage	485
1.12	Fehlen anderweitiger Rechtshängigkeit	485
1.13	Fehlen der Rechtskraft	485
<b>2.</b>	<b>Muster einer Klage</b>	485
<b>3.</b>	<b>Wirkungen der Rechtshängigkeit</b>	486
3.1	Fixierung des Klagegegenstandes	486
3.2	Aussetzung der Vollziehung	487
<b>4.</b>	<b>Verlauf des finanzgerichtlichen Verfahrens</b>	487
4.1	Vorbereitendes Verfahren	487
4.2	Die mündliche Verhandlung	488
4.3	Einstweilige Anordnungen	488
4.4	Beschlüsse	488
4.5	Stillstand des Verfahrens	489
4.5.1	Unterbrechung	489
4.5.2	Ruhen des Verfahrens	490
4.5.3	Aussetzung des Verfahrens	490
<b>VII.</b>	<b>Verfahrensbeendigung</b>	490
<b>1.</b>	<b>Klagerücknahme</b>	490
<b>2.</b>	<b>Erledigung der Hauptsache</b>	490
<b>3.</b>	<b>Entscheidungen des Gerichts</b>	492
3.1	Urteile	492
3.1.1	Begründete Klage bei Anfechtungsklagen	494
3.1.2	Begründete Klage bei Verpflichtungsklagen	494
3.1.3	Begründete Klage bei Ermessensentscheidungen	494
3.2	Gerichtsbescheide (§ 90a FGO)	494
<b>VIII.</b>	<b>Rechtsmittel</b>	495
<b>1.</b>	<b>Revision</b>	495
1.1	Grundsätzliche Bedeutung der Rechtssache (§ 115 Abs. 2 Nr. 1 FGO)	496
1.2	Fortbildung des Rechts (§ 115 Abs. 2 Nr. 2, 1. Alt. FGO)	496
1.3	Sicherung einer einheitlichen Rechtsprechung (§ 115 Abs. 2 Nr. 2, 2. Alt. FGO)	496
1.4	Schwerwiegende Rechtsfehler	496
1.5	Verfahrensrevision (§ 115 Abs. 2 Nr. 3 FGO)	497
1.6	Einlegung der Revision	497
<b>2.</b>	<b>Beschwerde</b>	498
<b>3.</b>	<b>Erinnerung</b>	498
<b>4.</b>	<b>Anhörungsrüge</b>	498
<b>5.</b>	<b>Nichtzulassungsbeschwerde</b>	498
<b>IX.</b>	<b>Kosten</b>	499
<b>1.</b>	<b>Arten der Kosten</b>	499
<b>2.</b>	<b>Kostenpflicht</b>	500

**Teil 3: Übungsklausuren**

1. Übungsklausur 1 . . . . .	502
2. Übungsklausur 2 . . . . .	511
Stichwortverzeichnis . . . . .	513

## Abkürzungsverzeichnis

<b>a.a.O.</b>	am angegebenen Ort
Abs.	Absatz
AEAO	Anwendungserlass zur Abgabenordnung
AfA	Absetzung für Abnutzung
AG	Aktiengesellschaft
AktG	Aktiengesetz
Alt.	Alternative
AO	Abgabenordnung
Art.	Artikel
AStG	Außensteuergesetz
Aufl.	Auflage
<b>Bd.</b>	Band
BeamStG	Beamtenstatusgesetz
BewG	Bewertungsgesetz
BFH	Bundesfinanzhof
BFH/NV	Sammlung der Entscheidungen des Bundesfinanzhofs (Zeitschrift)
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHSt	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Strafsachen (amtliche Sammlung)
BMF	Bundesfinanzministerium
BpO	Betriebsprüfungsordnung
BStBl	Bundessteuerblatt
BT-Drs.	Bundestags-Drucksache
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts (Zeitschrift)
BVerfGG	Bundesverfassungsgerichtsgesetz
bzw.	beziehungsweise
<b>d.h.</b>	das heißt
DM	Deutsche Mark
DStR	Deutsches Steuerrecht (Zeitschrift)
<b>EDV</b>	Elektronische Datenverarbeitung
EFG	Entscheidungen der Finanzgerichte (Zeitschrift)
EnergieStG	Energiesteuergesetz
ErbStG	Erbschaftsteuergesetz
EStDV	Einkommensteuerdurchführungsverordnung
EStG	Einkommensteuergesetz
EStH	Einkommensteuerhinweis/e
EStR	Einkommensteuerrichtlinien
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EÜR	Einnahmeüberschussrechnung
evtl.	eventuell